

AUS DEM NORDEN

Ehemann verurteilt

Osnabrück: Für den gewaltsamen Tod einer jungen Kurdin hat das Osnabrücker Landgericht ihren Ehemann wegen Totschlags zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Mann habe die 22-Jährige im Mai 2012 bei einem Streit so heftig gewürgt, dass sie an den Folgen starb, erklärte die Schwurgerichtskammer am Donnerstag. Den ebenfalls angeklagten Vater des Opfers sprach das Gericht frei. Die Staatsanwaltschaft war der Ansicht, dass der Vater an der Planung der Tat beteiligt war, und hatte für beide Männer lebenslange Haft gefordert. Die Anklage ging von einem Ehrenmord aus, weil die 22-Jährige eine Beziehung zu einem anderen Mann hatte. **Ini**

Mehr Schutz für Nichtraucher

Bremen: Bremen hat das seit 2008 geltende Nichtraucherschutzgesetz verschärft. Die Bürgerschaft beschloss am Donnerstag in zweiter Lesung, dass künftig auf Kinderspielplätzen nicht mehr geraucht werden darf. Ebenso ist in Festzelten auf Jahrmärkten und Volksfesten das Rauchen ab 1. Juli untersagt. In Spielhallen müssen analog den Gaststätten ab einer Größe von 75 Quadratmetern Rauchernebenräume geschaffen werden. Unverändert bleibt, dass in Einraumgaststätten mit einer Gastfläche von bis zu 75 Quadratmetern geraucht werden darf, wenn dort kein Essen serviert wird und sie als Raucherneige gekennzeichnet ist. **Ini**

Reifenstecher gefasst

Lauenau: Eine Serie von Reifenstechereien an rund 270 Autos in Lauenau (Kreis Schaumburg) ist vermutlich aufgeklärt. Die Polizei hat in der Nacht zu Donnerstag einen Verdächtigen gefasst, nachdem er die Reifen eines Wagens zerstört hatte. Ein Anwohner hatte die Tat bemerkt und die Polizei alarmiert. Die Beamten konnten den unter Alkoholeinfluss stehenden 34-Jährigen wenig später auf der Straße festnehmen, wie die Polizei mitteilte. Ob er für alle 270 Taten verantwortlich ist, müssten weitere Ermittlungen zeigen, sagte eine Sprecherin. **Ini**

Ferkel sterben durch Hitze

Winsen: Bei der Kontrolle eines Viehtransporters auf der Autobahn 39 am Maschener Kreuz hat die Polizei 55 tote Ferkel entdeckt, die Opfer der Hitze wurden. Die Fahrerin und ihr Arbeitgeber müssen nun ein Bußgeld zahlen, teilte die Polizei am Donnerstag in Winsen mit. „Im konkreten Fall wäre eine zeitweise Kühlung durch Wasser, eine Trinkwasserversorgung während der Fahrt oder die schlechte Verlagerung des Transportes in die kühlen Nachtstunden machbar gewesen“, monierte das Veterinäramt. So sei die Fahrt bei 34 Grad Celsius ein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz gewesen. Die 27-Jährige war am Morgen mit 565 Tieren gestartet, um Zuchtbetriebe in Niedersachsen zu beliefern. **Ini**

Land will Wald nicht mehr zu Geld machen

Hannover (Ini). Zwischen 2003 und Ende 2012 hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen rund 7400 Hektar der Waldfläche verkauft. „Das entspricht etwa 2,5 Prozent der Landeswaldfläche“, sagte Niedersachsens Agrarminister Christian Meyer (Grüne) am Donnerstag in Hannover. Durchschnittlich seien pro Hektar Wald circa 10000 Euro eingenommen worden. Unter der rot-grünen Landesregierung werde es keine weiteren Verkäufe zur Konsolidierung des maroden Haushalts mehr geben, sagte Meyer. Deshalb sei der Verkauf gestoppt worden.

Rückblickend müsse der Verkauf zudem wegen der steigenden Holzpreise „kritisch“ als Fehler betrachtet werden. „Wald verkauft man nur einmal, dann ist er weg“, sagte Meyer. Rot-Grün sei genau wie die Förster im Land davon überzeugt, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder dauerhafter zur Konsolidierung des Landeshaushalts beitrage. „Wir wollen daher die Landeswaldfläche nicht weiter reduzieren, sondern dort, wo es sich anbietet und wirtschaftlich lohnt, wieder eine Vermehrung vornehmen.“

2004 hatte die Landesregierung des damaligen Regierungschefs Christian Wulff (CDU) das Agrarministerium beauftragt, zur Konsolidierung des Landeshaushalts durch Waldverkäufe 130 Millionen Euro zu Erlösen. Maximal 15000 Hektar sollten dazu veräußert werden.

Längere Sommerferien, keine im Herbst

Göttinger Bildungsforscher fordert feste Termine / Kurzes Schuljahr bringt Schulen unter Druck

VON SASKIA DOHNER

Göttingen/Hannover. Besonders kurz und besonders stressig – das am nächsten Mittwoch zu Ende gehende zweite Schulhalbjahr hat nur 86 Unterrichtstage. Es ist damit rund ein Fünftel kürzer als im vergangenen Jahr. Weil die Vorgaben des Kultusministeriums über den Stoff, die Zahl der Klassenarbeiten und Klausuren aber gleich bleiben, setzen kurze Schuljahre Lehrer und Schüler unter großen Druck.

Aus pädagogischen und lernpsychologischen Gründen fordern Bildungsforscher der Universität Göttingen deshalb ein Ende der sogenannten rollierenden Sommerferien. Sie treten für feste Sommerferien zu einen immer gleichen Zeitpunkt ein, die dann aber nicht nur sechs, sondern sieben Wochen dauern sollten. Gleichzeitig könnten die Herbstferien abgeschafft werden, schlägt Peter Brammer vor, Lehrbeauftragter am pädagogischen Institut der Uni Göttingen. Sie seien ja historisch gesehen als Ernteferien gedacht gewesen. Dies sei mittlerweile überholt.

Gestützt sieht sich der Forscher durch seine jüngste Studie, die der HAZ exklusiv vorliegt. 85 Prozent der befragten Gymnasial- und Gesamtschullehrer geben an, dass die jährlich wechselnden Ferientermine ihren Unterricht negativ oder sogar sehr negativ beeinflussen. Die restlichen 15 Prozent sehen gar keinen Einfluss. Positive Wirkung attestiert kein einziger Pädagoge. Gleichbleibende Ferienzeiten wie in Bayern und Baden-Württemberg würden 60 Prozent der Befragten bevorzugen. Ein Großteil (65 Prozent) hat in diesem kurzen Schuljahr nicht alle vorgegebenen Themen durchgenommen. Unterbrechungen, ob kurz oder länger, wirken sich für jeden zweiten Lehrer negativ auf den Unterricht aus.

Weil in Niedersachsen im vergangenen Sommer die Schule erst im September gestartet ist und in diesem Sommer der Ferienbeginn schon Ende Juni liegt, gibt es nur 174 reguläre Unterrichtstage – 14 Prozent weniger als im Schuljahr 2011/12 (202 Tage Unterricht). Hinzu kommen Ausfälle durch Klassenfahrten, Abiturprüfungen, Projektwochen, Sportfeste, Tage der offenen Tür, Praktika, Austauschprogramme oder Berufsorientierungstage. Ganz zu schweigen von Stunden, die ausfallen, weil Lehrer krank werden oder auf Fortbildung sind. Am Beispiel eines Gymnasiums haben die Wissenschaftler ausgerechnet, dass durch Projekttage, Klassenfahrten und ähnliches 37 der 174 Unterrichtstage ausgefallen sind. Für die Teilnehmer eines Austauschprogramms kamen noch 59 hinzu. Nur zwischen November und Dezember 2012 hatten die Schüler im laufenden Schuljahr einmal fünf Wochen am Stück Unterricht, und das, obwohl längere Lernphasen für die Verfestigung des Stoffs nach Expertenansicht unerlässlich sind.

Das zweite Halbjahr ist besonders kurz, dies bekommen gerade die Abitu-



Auf in die Ferien: Nach dem Stress im kurzen zweiten Schulhalbjahr haben Kinder und Lehrer eine Auszeit bitter nötig.

Fotolia

rienten zu spüren. Laut Brammer wurden an einigen Schulen noch am 10. Juni die letzten Klausuren geschrieben, da standen aber die Zeugiskonferenzen schon an. „Für die Lehrer bedeutet dies Korrekturen rund um die Uhr“, heißt es in der Untersuchung. „Stress, pauken für Klausuren, Verdichtung von Unterrichtsinhalten, Misserfolg bei Schülern und Burn-out-Erscheinungen bei Lehrern sind eine zwangsläufige Folge.“

Brammer plädiert dafür, den Schulen mehr Freiheit zu geben, selbst über Formen der Leistungsüberprüfung und über die Zahl der Klausuren, Tests und Arbeiten zu entscheiden. Auch die vielfältigen Aktivitäten außerhalb des Fachunterrichts müssten in die Bewertung einfließen.

Ausnahmen für Südländer

Bislang werden die Termine für die Länder von der Kultusministerkonferenz sehr langfristig festgelegt. Einige Ländergruppen beginnen ihre großen Ferien früh und rücken dann in den nächsten Jahren immer weiter nach hinten. Ausgenommen von der Regelung sind nur Bayern und Baden-Württemberg, die seit jeher immer im August Ferien haben. Bis 2017 stehen die Termine fest. Die Länder verhandeln derzeit über die Zeit von 2018 bis 2024. Niedersachsens Kultusministerin Frau-

ke Heiligenstadt (SPD) macht sich dafür stark, auch Bayern und Baden-Württemberg ins Rotationsprinzip einzubeziehen. Bei früheren Verhandlungen hatten sich die Südländer aber geweigert, mitzumachen. Der Deutsche Tourismusverband fordert, den Zeitraum von Ende Juni bis Mitte September, in dem die großen Ferien liegen können, auszudehnen. Hoteliers und Tourismuseinrichtungen würden durch ungenutzte Reisetage Millionen Einnahmen entgehen. **d6**

Streit um Autobahnen bleibt bis Herbst 2014 ungelöst

Minister betont: „Jeder Abgeordnete hat das Recht auf eine eigene Meinung“ / Grüne distanziert zu Neubauplänen

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. Wer setzt sich durch in der niedersächsischen Verkehrspolitik – die Sozialdemokraten oder die Grünen? Die CDU wollte dies wissen und hakte in der Fragestunde im Landtag bei einem sensiblen Thema nach: Wie hält es Rot-Grün mit den beiden neuen Autobahnen, der Küstenautobahn A20 und der A39, die Lüneburg und Wolfsburg verbinden soll?

Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) sieht keine Probleme. Im Koalitionsvertrag hätten sich SPD und Grüne festgelegt, die Planungen beider Vorhaben fortzusetzen – unabhängig davon, ob die Regierung später auch den Bau fördern wird oder nicht. Außerdem habe „jeder Landtagsabgeordnete das Recht auf eine eigene Meinung“, fügte Lies hinzu. Das zielt auf die Grünen-Parlamentarier Miriam Staudte (Lüne-

burg), Susanne Menge (Oldenburg) und Thomas Schremmer (Hannover), die in Interviews ihre Distanz zu den Autobahnplänen erkennen lassen hatten und damit in offenen Widerspruch zur SPD-Position getreten waren. „Ist das nicht ein Fall für die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten?“, wollte Karsten Heineking (CDU) wissen.

Während Regierungschef Stephan Weil schweigend verneinte: Lies: Hier gehe es um Positionen des Landes gegenüber dem Bund, und in solchen Fällen spiele die Richtlinienkompetenz keine Rolle. Lies skizzierte zu den Verkehrsplanungen folgenden Ablauf: Noch vor der Sommerpause wolle die Landesregierung ihre grobe Haltung festlegen. Im September dann würden die Anmeldungen Niedersachsens für den Bundesverkehrswegeplan beschlossen. Dies bleibe aber wenig spektakulär, weil

sowohl die Autobahnen als auch Alternativrouten (etwa der Ausbau der Bundesstraße 4 im Raum Uelzen) angemeldet werden sollen. Danach, also nach der Bundestagswahl, werde das Bundesverkehrsministerium die Anmeldungen bewerten. „Erst im Herbst 2014“ dürften laut Lies Ergebnisse vorliegen; dies sei

dann der Zeitpunkt, an dem die Landesregierung ihre Haltung festlegen wird.

Laut Lies ist der Etat des Bundesverkehrsministers völlig überbucht. 550 Millionen Euro seien nötig, wenn man die begonnenen Projekte vollenden wolle. Für Straßenneubauten stelle der Bund bisher jährlich zusätzlich Geld bereit, so

flössen 200 Millionen Euro nach Niedersachsen. Viele Straßen und Brücken seien renovierungsbedürftig, allein dafür seien in Niedersachsen jährlich etwa 250 Millionen Euro notwendig. Wenn man nun die Autobahnbauten vorantreibe, die Milliardensummen verschlängen, bleibe für die Unterhaltung nichts übrig.

Koalition muss um ihre Mehrheit bangen

Rot-Grün ist in dieser Woche bewusst geworden, wie sich die Einstimmigkeit im Parlament anfühlt. So herrschen Konflikte in der Atompolitik. Die Führung von SPD und Grünen wollte gestern zunächst gemeinsam mit CDU und FDP einen Entschließungsantrag verabschieden, der das Ende der Castor-Transporte nach Gorleben gutheißt. Im Antragsentwurf der FDP war zugleich ein Bekenntnis zum Endlagersuchgesetz enthalten, das Ministerpräsident Stephan Weil und sein Vize Stefan Wenzel mit Bundesumweltminister Peter Alt-

maier ausgehandelt hatten. Die Grünen-Abgeordnete Miriam Staudte, die dieses Suchgesetz ebenso wie viele Antiatomaktivisten kritisch sieht, soll intern darauf gedrungen haben, dieses Bekenntnis aus dem Entschließungsantrag zu streichen. Dagegen aber sind CDU und FDP. Am Donnerstag gab es im Plenum viele interne Gespräche mit Staudte und zwischen den Fraktionen, der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt und auf heute verschoben. Entweder wird heute ein Bekenntnis zum Gesetz beschlossen – oder Staudte setzt sich durch.

Am Dienstag fehlten bei der geplanten Einführung der Stichwahl zunächst zwei Grünen-Politiker, sodass CDU und FDP zeitweise in der Überzahl waren. Es drohte der Erfolg des CDU-Vorstoßes, wonach das Gesetz erst für Anfang 2014 eingeführt worden wäre und die OB-Wahlen in Hannover ohne Stichwahl gelaufen wären. Nach zweimaligem Nachzählen ordnete Landtagsvizepräsident Karl-Heinz Klare den „Hammelsprung“ an – eine Form der Abstimmung, die es seit 22 Jahren nicht mehr gab. Rot-Grün hatte dann doch eine Mehrheit. **kw**



Vertritt ihre eigene Meinung: Miriam Staudte (Grüne). dpa

SUDOKU

S129

1			9	8				
4	2			7			3	
7				4			6	
	4			6				
8		1	2					
			6		5	7		4
3	5		4		6			
					2			5
						2	7	3

Tragen Sie die Zahlen von 1 bis 9 so in das Diagramm ein, dass in jeder Zeile, jeder Spalte und jedem fett umrandeten Gebiet jede Zahl genau einmal vorkommt.

Die Auflösung finden Sie in der morgigen Ausgabe.

S130

	8	1				9	4	
	2		6	9				
			1		2			
		2				1	8	
8	4		2	1				
	9	7						5
9			5	6				
		6					1	
7						4	3	6

HITORI

A135

1	1	2	7	6	4	8	5
1	1	6	3	3	3	8	2
4	6	2	1	8	5	8	3
8	3	1	5	7	6	2	6
3	7	7	5	2	8	6	4
6	4	8	5	1	7	7	7
6	5	4	4	4	2	3	8
6	8	3	2	5	1	1	1

Analog zum Sudoku dürfen in jeder Spalte und Zeile die Zahlen 1 bis 8 nur einmal vorkommen. Dazu sind einige Felder zu schwärzen, wobei sich diese Schwarzfelder weder waagrecht noch senkrecht berühren dürfen. Am Ende dürfen Bereiche mit Zahlen nicht vom Rest abgeschnitten sein.

U43

A	B	S	C	H	L	I	E	S	S	E	N
R	O	T	H	A	U	T	I	A	T	A	U
B	R	E	I	R	C	E	N	T	E	R	M
E	D	C	L	A	I	M	H	T	I	N	A
I	C	H	E	R	L	K	O	E	N	I	G
T	O	E	N	E	L	L	A	L	L	E	N
E	I	N	I	G	E	N	E	T	A	G	E
U	N	R	E	B	O	U	N	D	R	E	T

Die Auflösung des Rätsels von gestern.